

Laibacher Zeitung.

Nr. 135.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. R. 12, halbj. R. 6-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzl. R. 16, halbj. 7-60.

Freitag, 17. Juni.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 5 fr. 1 bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1881.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Juni d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Ministerpräsident Eduard Graf Taaffe das Großkreuz des kön. belgischen Leopold-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchsten Handschreibens vom 5. Juni d. J. dem kön. ungarischen Minister für öffentliche Arbeiten und Communicationen Paul von Erdödy und dem Präsidenten des für die Länder der ungarischen Krone errichteten Vereins vom „Rothen Kreuze“, Julius Grafen Károlyi, die Würde von geheimen Räten tagfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant des Artilleriestabes Norbert Freiherrn von Stetten und dem Regierungsconcipisten bei der Landesregierung in Laibach Ludwig Grafen Marazzi die k. k. Rämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Kundmachung des Ministeriums für Landesverteidigung und des Finanzministeriums vom 13. Mai 1881, womit die nachträgliche Einreihung der Gemeinde Pruszw in die achte Klasse des Zinstarifes (R. G. Bl. Nr. 95 ex 1879) verlaublich wird.

In weiterer Ergänzung des mit der Ministerial-Berordnung vom 1. Juli 1879 (R. G. Bl. Nr. 95) verlaublichen Verzeichnisses wird einvernehmlich mit dem Reichs-Kriegsministerium die Gemeinde Pruszw in Galizien in die achte Klasse des Zinstarifes für Militärunterkünfte und Nebenerfordernisse eingereiht. Dunajewski m. p. Welfersheim b. m. p.

Am 14. Juni 1881 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXV. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 52 die Kundmachung des Ministeriums für Landesverteidigung und des Finanzministeriums vom 13. Mai 1881, womit die nachträgliche Einreihung der Gemeinde Pruszw in die achte Klasse des Zinstarifes (R. G. Bl. Nr. 95 ex 1879) verlaublich wird; Nr. 53 die Kundmachung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 19. Mai 1881, betreffend Trennung, respective Vereinigung des Hafen- und Seefahrtsdienstes mit dem Soldienste in Lissa und Comisa in Dalmazien;

Nr. 54 die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. Juni 1881, mit welcher eine revidierte Bedammungs-Instruction erlassen wird; Nr. 55 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 8. Juni 1881, betreffend die Feststellung des Grundsteuerprocentes. („W. Ztg.“ Nr. 135 vom 14. Juni 1881.)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 30. Mai 1881, Z. 14668, die Weiterverbreitung der in Chicago erscheinenden Zeitschrift „Vorbote“ Nr. 19 vom 7. Mai 1881 wegen des Artikels „Ein Nihilist an die republikanische Presse“ nach § 305 St. G., wegen des Artikels „Pulver und Blei statt Brot“ nach § 302 St. G., wegen des Artikels „Der Materialismus und die Religion der Zukunft“ nach den §§ 122 b und 302 St. G., dann wegen des Artikels „An den „Vorbote“, den eblen Hort der Elenden“ nach den §§ 58 a, b und 59 c St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie der „Vote für Tirol und Vorarlberg“ meldet, den durch Feuer verunglückten Bewohnern der Gemeinde Sover 1000 Gulden zu Spenden geruht.

Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht hat den Schwestern des Klosters Nazareth bei Banjaluka behufs Erweiterung des Waisenhauses den Betrag von 1100 fl. gespendet.

Zur Lage.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ tritt in Angelegenheit der ihm angeblich aus Budapest gemeldeten „sensationalen Enthüllungen“ in aller Form den Rückzug an. Einen komischen Eindruck macht es, wenn das Blatt hierbei von einem „Warnungsschuss“ und einem „Krisenecho“ spricht. Der Warnungsschuss mag eben nur der Knall jener Rakete gewesen sein, welche das „Neue Wiener Tagblatt“ selber aufsteigen ließ, und das Krisenecho ist eben auch nur dort gehört worden, von wo der ursprüngliche Krisenschall aufgieng, nämlich in der Redaktion des genannten „demokratischen“ Organes. Wenn es hierfür noch eines Beweises bedurft hätte, dann würden ihn die Erklärungen der Pester Blätter liefern, über welche einigen Wiener Journalen telegraphisch berichtet wird.

Der „Pester Lloyd“ schreibt: Wir wissen nicht, welcher Art die Beziehungen zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung derzeit sind, dafür aber glauben wir einsehen zu können, daß die ungarische Regierung nicht entfernt daran denkt, irgend

einen ihr gesetzlich nicht zustehenden Einfluss auf die österreichischen Verhältnisse zu nehmen, und daß auch Graf Andrassy seit geraumer Zeit sich überhaupt nicht in die Politik mischt — in die österreichische am allerwenigsten.

Das Arbeitsprogramm der cisleithanischen Regierung für die nächsten Monate finden wir in einer Wiener Correspondenz des „Prager Abendblatt“ dahin angedeutet: Die Regierung will in der bevorstehenden parlamentarischen Pause jenen Theil ihres Programmes, zu dessen Verwirklichung in der abgelaufenen Reichsrathsperiode der entsprechende legislative Grund gelegt worden, seiner Erfüllung zuführen; sie will die notwendigen Maßnahmen zur Erzielung weiterer Ersparungen im Staatshaushalte vorbereiten, und sie will schließlich für den Wiederbeginn der parlamentarischen Campagne im Herbst die entsprechenden Gesetzentwürfe, darunter das Budget für 1882, zusammenstellen.

Dem „Pester Lloyd“ wird aus Wien telegraphiert, daß es mit der Aufstellung der Landwehr in Südbalmazien ernst wird. Grundsätzlich hat die Bevölkerung eingewilligt, sich dem Landwehrstatut zu fügen. Der Statthalter und Militärcommandant von Dalmazien, J. M. Baron Rodich, ist soeben in Wien eingetroffen, um die Behebung der noch bestehenden letzten Schwierigkeiten bei der Regierung mündlich zu betreiben. Sobald dies gelungen, erfolgt die Aufstellung des 81. Landwehr-Schützenbataillons, beziehentlich des Instructionskadres, die Ernennung des Evidenzofficiers und die Affentierung in den Bezirkshauptmannschaften von Ragusa und Cattaro, wozu auch das Gebiet von Spizza gehört.

Es ist noch nicht lange her, daß der „N. fr. Pr.“ aus Spalato berichtet wurde, daß in die Wählerliste für die Gemeinderathswahlen in Spalato 2100 falsche Eintragungen vorgenommen wurden — darunter 1100 Töbte und Nichtexistierende. Alles natürlich zugunsten der National-Autonomisten und zum Nachtheil der Bajamonti-Partei. Heute wird wieder demselben Blatte aus Spalato gemeldet: „Die verfassungstreue Bevölkerung befindet sich in großer Aufregung wegen der unrichtigen Zusammenstellung der Wählerliste für die Gemeinderathswahlen. Von Seite der Verfassungspartei wurden 203 Reclamationen gegen die Wählerliste eingebracht. Eine Deputation hat sich nach Wien begeben, um über die vorgekommenen Mißbräuche Beschwerde zu führen.“ Wie großmüthig die Bajamonti-Partei ist. Gegen 2100 falsche Eintragungen erhebt sie bloß 203 Reclamationen; die Ruhe der

Feuilleton.

Die geopferte Hand.

Pariser Polizeiroman von F. du Boisgobey.
(14. Fortsetzung.)

Herr Dorgères zog ihn aus dem Schlosse heraus und prüfte ihn mit Aufmerksamkeit.

„Er ist ganz neu,“ murmelte er, „und ein geschickter Arbeiter muß ihn angefertigt haben, denn es fehlt nicht das Geringste daran. Er mußte jedenfalls ein Modell in Händen haben.“

„Um ihm das Modell liefern zu können, hätte Ihr Secretär also unnötigerweise Ihren Schlüssel oder den Ihres Kassiers zur Verfügung haben müssen.“

„Ich habe ihm den Meinigen nie anvertraut,“ sagte Vigory schnell, der mit Eifer diese Gelegenheit ergriff, um seinem Freunde zuhelfen zu kommen.

„Noch ich den Meinigen, das ist wahr,“ bemerkte der Banquier, „aber es kam vor, daß ich ihn auf dem Schreibtische liegen ließ. Robert konnte ihn sehen, ihn berühren.“

„Es fehlte nur noch, daß er ihn mit fortgenommen und Sie ihn dabei ergriffen hätten. Aber bedarf man nicht eines Wortes, um die Kasse zu öffnen?“

„Ja, ich dachte nicht daran,“ rief Herr Dorgères. „Vigory, haben Sie Robert dieses Wort gesagt?“

„Nein, ich habe es gestern gewechselt. Niemand kannte dasselbe.“

„Nicht einmal ich, wie ich merke. Weshalb änderten Sie es, ohne es mir zu melden?“

„Ich dachte nicht daran,“ stotterte Vigory.

„Sehen wir nach diesem Wort,“ sagte der Banquier, sich dem Schranke nähernd.

„Die fünf Buchstaben waren auf ihrem Plaze. Er las den Namen seiner Tochter Adine und rief lebhaft:

„Weshalb wählten Sie dieses Wort?“

„Ich weiß es wirklich nicht zu sagen,“ erwiderte der Kassier in sichtlich Verwirrung. „Ich nahm das erste Wort, welches mir in den Sinn kam, denn ich war sehr eilig. Zudem hatten Sie mir gesagt, ich solle mich nicht zu lange der nämlichen Buchstaben bedienen.“

„Ist Robert nach dieser Aenderung hier gewesen?“

„Nein, das heißt, ich änderte das Wort vorgestern Abend und gestern Morgen brachte er mir eine Notiz von Ihnen, blieb jedoch nur einen Augenblick. Ich glaube nicht, daß er in die Nähe der Kasse gekommen ist.“

„Sie glauben es nicht, aber Sie sind dessen nicht sicher. Und die beiden Zangen, welche zuschnappen, wenn man das Schloß berührt, ohne die Sicherheitsmaßregel getroffen zu haben, wie kommt es, daß sie nicht thätig waren?“

„Ich, — ich weiß es nicht,“ murmelte Vigory.

„Nun wohl, ich weiß es,“ sagte der Banquier. „Robert kannte das Geheimnis. Ich habe wohl zehnmal mit ihm über diesen Mechanismus gesprochen, der unfehlbar den Dieb auf frischer That ertappen mußte. Er hat es sich gemerkt, daß es hinreicht, eine Feder zu berühren, um die Zangen an Ergreifen zu hindern und hat seine Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Nun zweifle ich nicht länger. Er ist der Dieb.“

„Indessen —“

„Hören Sie auf, in mich zu dringen, denn wenn er es nicht ist, so sind Sie es oder ich, denn nur wir drei kannten die Existenz des Mechanismus.“

Diese entschiedene Antwort des Banquiers schnitt die Einwürfe kurz ab, welche Vigory vorbringen wollte, um seinen Freund zu vertheidigen. Es war klar, daß man nur Robert de Carnot oder ihn selber beschuldigen konnte. Um aus diesem Dilemma zu kommen, gab es nur ein Mittel, die Geschichte von der amputierten Hand zu erzählen und zu gestehen, daß man schon einmal versucht habe, den Schrank zu öffnen, und zwar zu einer Zeit, wo Robert den Salon des Herrn Dorgères nicht verlassen hatte. Aber das war noch nicht einmal hinreichend, um Robert zu rechtfertigen, denn man konnte behaupten, er habe Mitschuldige gehabt. Vigory dachte daher, es sei besser, zu schwelgen, als sich nutzlos bloßzustellen. Er dachte, die Zeit würde dieses Dunkel aufhellen. Und dann wollte er auch nichts thun, ohne Maxime um Rath zu fragen. Er befand sich eben in einer falschen Lage und blieb darin, aus Mangel an Entschlossenheit und Thatkraft.

„Nicht wahr, weder Sie noch ich können es doch gewesen sein?“ wiederholte der Banquier, dessen Logik kein Mitleid kannte. „Es ist also Robert.“

„Ich bin nahe daran, es zu glauben,“ sagte der Oberst, welcher mit großer Aufmerksamkeit den Worten des Banquiers gefolgt war. „Es handelt sich nur um das, was wir thun sollen. Liegt Ihnen viel an dem gestohlenen Gelde?“

„Weniger als Ihnen an Ihrer Cassette gelegen sein muß; aber ich beharre bei meinem Entschlusse, den Dieb zu verfolgen. Dieser Elende muß bestraft werden, wie er es verdient.“

anderen Todten läßt sie ungestört. Sie sollte aber weniger großmüthig sein und durch 2100 Reclamationen die „aufgeregte verfassungstreue Bevölkerung“ beruhigen.

In der am 13. d. M. in Wien stattgefundenen Sitzung der Conférence à quatre, welcher die österreichisch-ungarischen, die serbischen und bulgarischen Delegierten anwohnten, wurde der Conventionsentwurf bis zu Ende berathen. Man einigte sich über den Wortlaut sämtlicher Artikel, mit Ausnahme des Artikels 17, der vorläufig in suspenso blieb. Die türkischen Delegierten, die noch immer auf ihre Instructionen warten, waren, conform ihrer in der vorigen Sitzung abgegebenen Erklärung, nicht erschienen.

Vom Ausland.

Darin, daß neuestens nur spärliche Nachrichten aus dem Orient kommen, spiegelt sich die ruhige Entwicklung der noch zu erledigenden Angelegenheiten am deutlichsten ab. Die Dinge nehmen eben ihren normalen Gang, und allseitig wird daran gearbeitet, die Verhältnisse dauernd jener Ordnung zuzuführen, für welche durch den Berliner Vertrag die Grundlage geschaffen worden. So ist die griechisch-türkische Angelegenheit nun in das Stadium der Ausführung der zur Regelung derselben abgeschlossenen Convention getreten. Im englischen Unterhause wies in der Sitzung vom 13. d. M. Sir Charles Dilke darauf hin, daß die erwähnte Convention nunmehr unterzeichnet sei und knüpfte hieran die Hoffnung, daß die Botschafter jetzt Zeit finden werden, ihre Aufmerksamkeit den aus dem Artikel 23 des Berliner Vertrages entstehenden Fragen zuzuwenden. Hierunter sind die Reglements für die türkischen Provinzen verstanden. — Was die Vorgänge in Albanien anbelangt, so geht aus allen Berichten hervor, daß es der Pforte gelungen ist, ihre Autorität zu wahren und für die Herstellung der Ordnung zu sorgen. In derselben oben erwähnten Sitzung des englischen Unterhauses fand Sir Charles Dilke Veranlassung, auf eine Interpellation Fitzmaurices eine dies bestätigende Mittheilung zu machen, indem er berichtete, es scheine, daß Dermisch Pascha den Widerstand der Albanesen bewältigt habe und daß derselbe Anstalten treffe, das Land zu pacificieren. Gleichzeitig bemerkte Sir Charles Dilke, entgegen einer bezüglichen Annahme, er wisse nichts davon, daß Dermisch Pascha die albanesischen Häuptlinge durch Verrath gefangen genommen habe.

Vom Tage der Auswechslung der Ratificationen des türkisch-griechischen Grenzvertrages zwischen den Vertretern der Mächte, werden auch die Fristen für die der Reihe nach erfolgende Uebergabe der abgetretenen Gebiete an Griechenland laufen. Die internationale Militärcommission, welche die Abtretung zu überwachen hat, hat sich bereits an die Grenze begeben. Den „Daily News“ zufolge besorgte man einigen Widerstand in Arta und Bolo; nachdem in dessen Dermisch Pascha die Albanesen zu Paaren getrieben, sind ernstliche Schwierigkeiten kaum mehr zu befürchten, wenn die Pforte mit der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen Ernst macht.

Wie der „Balk“ schreibt, soll zwischen der hohen Pforte und den Botschaftern der Mächte ein Meinungsaustausch bezüglich der bulgarischen Angelegenheiten stattgefunden haben. Die hohe Pforte

hat hervorgehoben, daß Fürst Alexander, der seine Action ganz nach der Constitution des Fürstenthums hätte einrichten sollen, eine dem Geiste des Berliner Vertrages ganz zuwiderlaufende Richtung einhalte. Angesichts dieser Lage der Dinge hätte die hohe Pforte erklärt, daß diese Situation Bulgariens ihre ganze Aufmerksamkeit auf sich ziehen müsse und daß sie nichts davon abhalten werde, die Rechte und Interessen der Muselmänner des Fürstenthums zu wahren.

Die französische Abgeordnetenkammer hat, wie wir schon kurz gemeldet, am Samstag den Gesetzesentwurf über die Anwerbung oder vielmehr die Wiederanwerbung der Unterofficiere mit großer Mehrheit angenommen. Derselbe bietet den ausgedienten Unterofficieren, die in der Armee verbleiben wollen, noch umfassendere Vortheile als die ihm schon vorangegangenen Gesetze von 1873, 1874 und 1878. So soll es ihnen z. B. gestattet sein, noch ein Jahr nach ihrem Austritte aus der Armee, wenn sie keinen besseren Beruf gefunden haben, als Unterofficiere wieder einzutreten und bis zu 47 statt bis zu 35 Jahren unter der Fahne zu dienen; das Recht auf eine Civilversorgung soll nicht mehr an einen zehnjährigen, sondern nur an einen siebenjährigen Dienst geknüpft sein; die nach einer 25jährigen Dienstzeit zu gewährenden Pensionen sollen erheblich aufgebessert werden. Auch soll der Effectivstand der wiederangeworbenen Unterofficiere zwei Drittel statt ein Drittel des Gesamtstandes betragen dürfen. Der Kriegsminister sprach die Erwartung aus, daß man bei dieser Reform stets eine genügende Anzahl von Unterofficieren sowohl für die Linie als für die Landwehr haben werde, 60,000 für die erstere, 40,000 für die letztere. Die ältesten Unterofficiere würden vortreffliche Unterlieutenants für die Territorialarmee abgeben.

Der Bey von Tunis bemüht sich offenbar, gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Er hat jetzt seinem früheren Bedränger, dem französischen Ministerresidenten Roustan, seine höchste Decoration, den Großcordon des tunesischen Haus-Ordens, verliehen. Daß er ihm auch die Leitung der auswärtigen Politik von Tunis in die Hand gegeben hat, wurde bereits gemeldet. Dieser letztere Umstand veranlaßte vorgestern eine Interpellation im englischen Unterhause, auf welche der Unterstaatssecretär des Aeußern in dem Sinne erwiderte, daß England gegen jene Uebergabe nichts einzuwenden habe, seine verfassungsmäßigen Rechte in Tunis aber wahre. In Tunis selbst haben die fremden Consuln Herrn Roustan, als er ihnen von der Uebertragung der Leitung der auswärtigen Beziehungen der Regentenschaft an ihn Anzeige machte, zumeist geantwortet, daß sie darüber an ihre Regierungen berichten werden. Nur der deutsche Generalconsul Tulin de la Tunisie nahm die neue Situation sogleich ohne Vorbehalt an, der italienische Vertreter dagegen, der bekanntlich mit Herrn Roustan in einer so hartnäckigen Fehde lebte, hat noch gar nicht geantwortet.

Nach einer der „Pol. Corr.“ aus Warschau zugekommenen Meldung lauten die daselbst einlaufenden Berichte aus Czestochau, woselbst gegenwärtig eine große Zahl wallfahrender Bauern versammelt ist, anhaltend ernst. Ein Individuum hatte in der Kirche Dynamitpatronen zu schleudern versucht, wurde betreten und verhaftet. Nun wollen Agitatoren das

Volk dadurch aufheizen, daß sie aussprechen, jenes Attentat sei ein Werk der Juden gewesen, unter denen denn auch lebhafteste Besorgnisse herrschen. Die Geistlichkeit bietet im Vereine mit der intelligenten Bevölkerung bisher erfolgreich alle Mittel auf, um dem Ausbruche von Unruhen vorzubeugen. — In Rowno und Umgebung wurden zudem heftigste Placate und Briefe von augenscheinlich russischer Provenienz aufgefunden. Die Untersuchung, welche die preussische Regierung infolge eines von der „Pol. Corr.“ seinerzeit gemeldeten Conflictes zwischen preussischen und russischen Grenzwächtern angeordnet hatte, ist nunmehr durchgeführt und ergab, daß dieser Conflict, dem ein russischer Soldat zum Opfer fiel, nicht aus politischen Motiven hervorgegangen, sondern aus Privatgefühlen veranlaßt gewesen sei. Die russische Regierung hat sich durch dieses Untersuchungsergebnis befriedigt erklärt.

Das Senatsvotum gegen die Listenvahlen

bildet noch immer den Gegenstand lebhafter Besprechung in den Pariser Blättern. Das „Journal des Débats“, welches selber eifrig für diesen Wahlmodus eingetreten war, weist heute die heftigen Angriffe eines Theiles der republikanischen Blätter gegen den Senat zurück und glaubt dabei eines Sinnes mit Gambetta zu sein, der zwar nach wie vor den Listenvahlen den Vorzug vor den Einzelwahlen geben, aber gewiß auch nach wie vor den Senat, dessen Aufhebung jetzt seine übereifrigen Anhänger fordern, für eine nützliche verfassungsmäßige Institution halten werde. Die „République française“, welche Gambetta notorisch viel näher steht, geht indes weiter als das genannte Blatt; sie verlangt eine Abänderung der Senatswahlen und besonders die Aufhebung der Lebenslänglichkeit eines Theiles der Senatsmandate. Dazu dürfte es indessen nicht so schnell kommen, und auch die „République française“, welche gleich nach der Abstimmung vom 9. d. M. eine drohende Sprache gegen den Senat führte, hat seitdem eingelenkt und ist augenscheinlich bemüht, ihren Rückzug zu decken. Andererseits wird der gestrige Ausfall des „Voltaire“ gegen den Präsidenten Grévy wegen des Mißerfolges der Listenvahlen von allen republikanischen Blättern, die ihre Unabhängigkeit bewahrt haben, mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Der „Siècle“ bedauert, bei diesem Anlasse Herrn Gambetta wegen des Ueberseifers seiner ungeschickten Freunde, für deren Aeußerungen er indessen eben so wenig verantwortlich gemacht werden könne, als Herr Grévy für die Mißgriffe seiner journalistischen Anhänger. Die „Lanterne“ aber, die früher mit dem Kammerpräsidenten durch dick und dünn gegangen ist, schließt sich dieser Entschuldigung nicht an, sondern sagt, Herr Gambetta gebe sich sonderbaren Selbsttäuschungen hin, wenn er glaube, das Land in einen Wahlsfeldzug gegen Herrn Jules Grévy fortreißen zu können; es werden ihm die Radicale nicht folgen und noch viel weniger die Conservativen. Mit diesem Wahlsfeldzuge hat es übrigens auch keine solche Eile, wie es noch vor zwei Tagen den Anschein hatte und wie selbst das heute vorliegende „Journal des Débats“ glaubt und befürwortet. Die vier Gruppen der Linken haben die von Herrn Barbou vorgeschlagene Resolution bezüglich einer früheren Kammerauflösung gestern einstimmig abgelehnt.

In der italienischen Abgeordnetenkammer

schleppt sich die Debatte über die Wahlreform überaus langsam hin. Nachdem die Kammer endlich nach wochenlangen Verhandlungen zur Specialdebatte gelangt war, nahmen die ersten drei Artikel der Vorlage wieder viele Tage in Anspruch, und die Debatte darüber, die selber wieder zumeist eine Wiederholung der Generaldebatte war, wurde erst am Samstag geschlossen unter Vorbehalt des Schlusswortes für den Berichterstatter und für die Abgeordneten, welche Zusatzanträge gestellt haben. Es handelt sich in diesen Artikeln um die Festhaltung eines Steuercensus und die Feststellung eines gewissen Bildungsgrades bei den Wählern. Die Regierung verlangt, daß die Wähler wenigstens die zweite Klasse der Volksschule besucht haben und sich über die in derselben erlangten Kenntnisse nöthigenfalls auszuweisen imstande sein müssen. Den Ausweis über die vierte Schulklasse zu verlangen, erscheint ihr als zu weitgehend, weil es nicht in allen italienischen Schulen vierte Klassen gibt. Das Ministerium will aus der Entscheidung dieser Frage in seinem Sinne eine Cabinetsfrage machen. Für die Festhaltung eines Steuercensus scheint sie nicht so eingenommen; wenigstens hat der Justizminister Zanardelli sich am vorigen Samstag in diesem Sinne ausgesprochen. Der Steuercensus als Grundlage des Wahlrechtes, sagte er, sei eigentlich nur ein selbstmüthiger Anachronismus, und auch seine Herabsetzung würde nur ein ärgeres Mißverhältnis im Wahlrechte zwischen den einzelnen Theilen Italiens hervorrufen, weil es in Subitalien kaum einen Kleingrundbesitz, von dem die zur Wahl berechtigende Steuer erhoben wird, gebe, andererseits ja auch der kleinste Mann wenigstens 40 Lire an indirecten Steuern bezahle. — (Nach neuesten Nachrichten erklärte Depretis in einer am

„Das soll meine Sache sein und wenn Sie sich auf mich verlassen wollen, so stehe ich dafür, daß ich ihn wiederfinde. Aber unter der Bedingung, daß ich allein handeln kann. Ich werde damit besser und rascher zustande kommen, als Ihre französische Polizei, die andere Wege hat. Ich bin persönlich dabei theilhaft und man ist nie besser bedient als durch sich selbst. Ich habe nur in Bezug auf Herrn de Carnot einige Auskunft nöthig. Mit wem kam er in Paris zusammen?“

„Fast mit niemandem in den zwei Jahren, seit er bei mir war. Er gieng fast nie aus.“

„Seine Familie wohnt wohl in der Provinz?“

„Er besitzt weder Familie noch Güter. Sein Vater hat ihm nur ein verfallenes Schloß hinterlassen.“

„In welchem Theile von Frankreich?“

„In der Bretagne, nahe bei Quimper, wie ich glaube. Seine Ahnen waren Besitzer des Ortes, der sich Carnot nennt, wie er. Aber dahin ist er sicher nicht gegangen. Er mußte den Zug nach Havre benutzen, den Mitternachtszug, um sich heute morgens nach Amerika oder England einschiffen zu können.“

„Wenn er sich nicht nach einem anderen Lande gewendet hat, nach Rußland zum Beispiel. Ich werde bald wissen, woran ich mich zu halten habe. Aber nun bitte ich Sie um dreißigtausend Francs, die ich holen wollte“, sagte Borisoff.

„Mein Kassier wird sie Ihnen übergeben. Erlauben Sie mir, Sie zu verlassen. Meine Geschäfte rufen mich und es ist Zeit, das Gitter zu öffnen. Das Publicum hat schon zu lange warten müssen. Sie hören, Vigory! Kein Wort zu irgend jemandem!“

Der junge Mann verbeugte sich schweigend. Er war zu erregt, um antworten zu können. Herr Dor-

gères nahm von dem Obersten Abschied und beeilte sich, fortzukommen. Er konnte es kaum erwarten, seine Tochter zu sehen.

In der Gegenwart des Obersten gelang es ihm ziemlich gut, seine Fassung zu bewahren, aber die eben erlebte Scene hatte ihn in einen Zustand unbeschreiblicher Aufregung versetzt. Er zweifelte nicht an Robert's Schuld. Alles schien diesen Unglücklichen anzuklagen, alles bis auf den verhältnismäßig geringen Betrag der entwendeten Summe. Ein anderer hätte Millionen mitgenommen. Er allein konnte sich mit fünfzigtausend Francs begnügen, dem Gelbe, das er nöthig hatte, um das geraubte Gut ins Ausland zu bringen. Er allein konnte auf die Idee gerathen sein, bei seinem Principal eine Art von Zwangsanleihe zu machen, die er ohne Zweifel später, wenn es ihm in seinen Unternehmungen glücken sollte, zurückerstatten wollte. Uebrigens konnte sich der Verdacht nur auf Robert und Vigory richten, nur die beiden hatten das Recht, zu jeder Zeit im Hause aus- und einzugehen, nur sie kannten das Wort, mit dessen Hilfe die Kasse sich öffnen ließ, und das Geheimniß der Falle, die in der Nähe des Schloßes angebracht war.

Vigory war nicht verschwunden, Vigory hatte auch kein Interesse daran, sich in den Besitz von einigen Tausendfrancs-Billets zu setzen. Sein Einkommen war bedeutend, seine Zukunft gesichert. Er würde sich wohl gehütet haben, mit einem Schlage seine Stellung und die Hoffnung auf die Hand einer reichen Erbin aufs Spiel zu setzen. Robert allein konnte der Schuldige sein! Er, dem der Banquier trotz allem so blindlings anvertraut hatte, war der Dieb der Cassette!

(Fortsetzung folgt.)

13. d. M. abgehaltenen Versammlung der Majordomats, die Regierung sei entschlossen, bei der Wahlreform als Bedingung für die Wahlfähigkeit die zurückgelegte zweite Klasse der Elementarschule und einen Censur von 19 Lire 18 Centesimi aufzustellen. Zanardelli gab identische Erklärungen ab. Nach lebhafter Debatte genehmigte die Versammlung eine Tagesordnung, welche die Vorschläge des Ministeriums billigt. Wenn die Censurfrage in der einen oder anderen Weise entschieden ist, liegt noch eine andere große Frage, bezüglich der die Parteien uneinig sind, auf dem Wege: die der Listenwahlen, deren Einführung ein großer Theil der Linken verlangt. — Außer der Wahlreform kamen in der eben erwähnten Samstagsitzung Vorfälle zur Sprache, die großes Aufsehen erregt haben. Der Abgeordnete Martini interpellirte den Unterrichtsminister Vaccelli über gewisse Vorgänge an der Universität in Siena, wo die Studenten einen jungen Professor des römischen Rechts, Namens Scialoja, der ihnen zu streng war und nach der Erklärung des Ministers gewisse Mißbräuche abschaffen wollte, förmlich in den Bann gethan haben und dann auf das nachgiebige Vermitteln des Rectors und des Professorencollegiums sich herbeiliessen, zu „erlauben“, daß der genannte Professor seine Vorlesungen für diejenigen, die ihn hören wollen, fortsetzen dürfe, unter dem Vorbehalte, daß früher jedem, der es verlange, der Collegienbesuch bestätigt und erlaubt werde, von einem anderen Professor sich prüfen zu lassen. Der Minister Vaccelli erwiderte, es habe sich in Siena nach seinen Informationen wohl nicht alles so zugetragen, wie es der Abgeordnete Martini erzählt, sollte es sich aber bestätigen, so werde er selber gewiss eine feige Nachgiebigkeit nicht ermutigen, wie er auch schon vorher die Professoren aufgefordert habe, durch solidarisches Vorgehen ihre Autorität und die Disciplin unter den Studenten zu wahren.

Aus Lissabon

Schreibt man der „Pol. Corr.“ unterm 7. d. M.: Zur Stunde schwebt wieder ein Conflict zwischen Regierung und Kammer in unserm Lande. Der Verlauf der Differenz bis zu ihrem augenblicklichen Stadium ist — in gedrängten Zügen — der folgende: Die beiden portugiesischen Kammern sind am 30. Mai zur Wiederaufnahme ihrer Arbeiten zusammengetreten. Das Cabinet forderte nun gleich in der ersten Sitzung die parlamentarische Ermächtigung zur Einhebung der Steuern und zu deren Verwendung gemäß dem früheren Budgetvorschlage, da die Regierung die Absicht habe, die Wahlkammer aufzulösen. Die letztgenannte Kammer weigerte sich jedoch, dem Begehren des Cabinets zu willfahren, erklärte sich dagegen bereit, das regelmäßige Budget, dessen parlamentarische Discussion beinahe beendet war, ohne weiters zu votieren. Das Cabinet beantwortete diese Haltung der Wahlkammer dadurch, daß sie dem Könige die Auflösung der letzteren empfahl. Der Monarch gab seine Zustimmung und die Kammer wurde demzufolge am 4. d. M. aufgelöst. Die Kammer legte nun gegen die „Starrsinnigkeit“ — wie sie es nennt — des Cabinets förmliche Verwahrung ein, allein der König vermochte sich nicht von der Berechtigung dieses Protestes zu überzeugen, und hat seine Uebereinstimmung mit dem Vorgehen seiner Räte ausgesprochen. Die Regierung wird nunmehr ohne verfassungsmäßig gewährtes Budget zur Erhebung der Steuern schreiten müssen. Inzwischen agitiert die Opposition, allerdings innerhalb der Schranken der Gesetzmäßigkeit, gegen das dictatorische Gebahren der Regierung und verkündet allenthalben im Lande die unerlässliche Nothwendigkeit politischer Reformen, die zum Schutze und zur Gewährleistung der Wahlfreiheit geeignet wären. Auf den Geldmarkt haben die geschilderten Vorgänge keinerlei Einfluß, sei es in gutem oder üblem Sinne, zu nehmen vermocht, und die andauernde Haufe der Werte hat sich trotz der etwas getrübbten politischen Lage gefestigt.

Tagesneuigkeiten.

— (Wiener Silber-Lotterie.) Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben als Gewinngegenstand für diese zugunsten des Waisenasyles „Norbertinum“ bewilligte Effectenlotterie ein wertvolles Silber-Raffeeervice in Cassette gespendet, welches einen Theil des ersten Haupttreffers in der Gesamtzahl der 2000 reichen Gewinne bildet. Der katholische Waisen-Hilfsverein in Wien erbittet sich die Unterstützung aller Kinderfreunde durch Ankauf von Losen à 30 kr. 8. W., welche durch die Lotteriekassette, L. Grasshofgasse 4, in Wien bezogen werden können. Das Durchführungscomité besteht aus den Herren: Alfred Grafen von Chamaré, k. k. Kämmerer; Hochwürden Friedrich Sigt, Vicepräsident des Vereins; Dr. Victor Fuchs, Reichsrath, Abgeordneter, und dem Leiter der Lotterie, Herrn S. Wottawa.

— (Eine Millionen-Stiftung.) Graf Victor Paworowski hat, dem „Eras“ zufolge, dem galizischen Landesaussschuß sein Testament übergeben, womit er sein ganzes Vermögen, welches sich auf zwei Millionen Gulden beläuft, dem Lande Galizien, und zwar

zu wissenschaftlichen, artistischen und humanitären Zwecken vermacht. Die Stiftung tritt erst dann ins Leben, bis der jetzige Nachlaß durch Kapitalisierung die Höhe von zehn Millionen Gulden erreicht hat, aber selbst in diesem Zeitpunkte können nur fünf Millionen zu Stiftungszwecken verwendet werden, so lange, bis sich das Gesamtkapital zur Höhe von zwanzig Millionen kapitalisiert hat.

— (Hans Makart) ist, wie die „Mont.-Rev.“ meldet, in München nicht unbedeutend erkrankt. Der Künstler zog sich das Leiden schon in Wien zu, achtete jedoch darauf nicht und reiste nach Italien. Aber sein Zustand verschlimmerte sich derart, daß er jetzt gezwungen ist, in München nachdrückliche ärztliche Hilfe zu suchen.

— (Repetiergewehr Mahenauer-Miller.) Wie das „Frdblt.“ schreibt, hat Oberleutnant Mahenauer und Büchsenmacher Miller des 13. Dragoner-Regiments ein Repetiergewehr konstruiert, welches angeblich allen Anforderungen der modernen Waffentechnik entsprechen soll. Zu dieser Waffe, combinirt aus einem Einzelader mit Berndl-Verschluss und dem Repetiermechanismus Mahenauer-Miller, lassen sich nicht nur alle Gewehre mit Berndl-Verschluss, sondern auch andere Systeme mit Leichtigkeit umändern. Ein derartiges Gewehr, welches sowohl als Einzelader, wie auch als Magazinsgewehr verwendet werden kann, dürfte seiner günstigen Schießresultate wegen mit allen übrigen Repetiergewehren concurrenzen können. Eine Eigenthümlichkeit dieses Systems ist der ungemein rasche Munitionsersatz zur Füllung des geleerten Magazins. Während alle bisher konstruirt Repetiergewehre den Fehler befeigen, daß die Neuladung des einmal verschossenen Patronenmagazins eine bedeutende Zeit erfordert, und deshalb die meisten dann nur als Einzelader zu gebrauchen sind, geschieht bei diesem Gewehre das Einführen aller Patronen in das Magazin durch ein einziges Tempo.

— (Das Attentat auf das Liverpooler Stadthaus.) Ueber den mißlungenen Versuch, das Stadthaus von Liverpool in die Luft zu sprengen, wird berichtet, daß, den Angaben der Polizei zufolge, die Höllemaschine mit Dynamit geladen war. Die verhafteten Thäter heißen Mc. Kewitt und Barton Roberts. Man fand bei ihnen Briefe und Schriftstücke von Donovan Rossa und anderen irischen Revolutionshefs, woraus ergeht, daß sie Mitglieder der fenischen Bruderschaft sind. Roberts kehrte vor etwa sechs Jahren aus Amerika nach Liverpool zurück, wo er sich seitdem als irischer Agitator hervorgethan. Beide Attentäter waren bewaffnet und vollauf mit Geld versehen. Allem Anschein nach stehen Mc. Kewitt und Roberts auch mit dem jüngsten Attentat gegen die Liverpooler Polizeikaserne im Zusammenhange. Die Bombe bestand aus einer mit Dynamit gefüllten Glasröhre. Ein ähnliches Wurfgeschloß wurde nach der Entdeckung des Attentats gegen die Polizeikaserne gefunden. Die gerichtliche Untersuchung, welche sofort eingeleitet werden wird, dürfte genaue Aufschlüsse über das Treiben einer verbrecherischen Bande liefern, die seit kurzem alle Augenblicke das Land durch Sprengungs-Attentate gegen öffentliche Gebäude in Aufregung versetzt.

Locales.

Aus der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Fortf.)

26.) Die Note der k. k. Landesregierung mit der Mittheilung, daß das k. k. Handelsministerium die Rechnung der Kammer pro 1880 mit dem Einnahmenbetrage von 4234 fl. 2 kr. und dem Ausgabenbetrage von 4001 fl. 42 kr. genehmigend zur Kenntnis genommen habe.

Der Rechnungsabschluss stellt sich in den einzelnen Posten nachstehend dar:

Einnahmen:	fl.	kr.
Kassereft mit Ende des Jahres 1879	53	24 1/2
Beiträge der Wahlberechtigten	3825	2 1/2
Markenregistrirungstagen	10	—
Vorschüsse des Kammerpräsidenten	344	—
Zinsen von fructificirten Kammerbeiträgen des Vorjahres	1	75
Summe	4234	2

Ausgaben:	fl.	kr.
Gehalte	2050	—
Kanzlei-Erfordernisse	67	18
Druckkosten	269	3
Bücher, Zeitungen und Buchbinderarbeiten	116	2
Wahlkosten	60	—
Beheizung und Beleuchtung	56	22
Postporto und Telegramme	24	1
Beitrag für gewerbliche Ausbildungsschulen	200	—
Reserve	116	32
5 % für den Pensionsfond	172	50
Rückbezahlte Vorschüsse an den Kammerpräsidenten	870	14
Kassereft mit Ende des Jahres 1880	232	60
Summe	4234	2

Vermögensnachweisung.

Activa:	fl.	kr.
Kassereft mit Ende des Jahres 1880	232	60
Rückständige Kammerbeiträge	242	21 1/2
Summe	474	81 1/2

Passiva:

Die im Jahre 1881 noch zur Zahlung gelangenden Wahlkosten im Reste per . . . 140 fl. — kr.

III. Der Obmann der ersten Section, Kammerath Matthäus Treun, erinnert an die in den Sitzungen vom 27. Dezember 1880 und 25. Februar 1881 bezüglich des Gremial-Handelschulfonds gefassten Beschlüsse und theilt mit, daß die Statuten des Gremiums der Kaufleute in Laibach von der k. k. Landesregierung mit dem Erlasse vom 11ten April 1881, Z. 2638, genehmigt wurden. Auf Grund dieser Statuten hat sich das Gremium in der Generalversammlung am 22. April 1881 constituirt und in den Gremialvorstand folgende sieben Herren gewählt: Zum Vorsteher den Handelskammerpräsidenten Alexander Dreo, zum Vorsteher-Stellvertreter den Handelskammerrath Emerich L. Mayer und zu Ausschüssen die Handelsleute: Matthäus Treun, Peter Lahnit, Franz Fortuna, Franz Kav. Souvan und Josef Rorbin.

In derselben Generalversammlung des Gremiums wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1.) Das Gremium der Kaufleute in Laibach erklärt sich bereit, den in Folge Beschlusses der Laibacher Kaufleute vom 15ten April 1851 der Handels- und Gewerbekammer für Krain zu Laibach übergebenen, von dieser übernommen und bisher verwalteten Gremial-Handelschulfond in dem am Schlusse des Jahres 1880 ausgewiesenen Gesamtbetrage per 11,893 fl. 24 kr. nebst dem allensfalls vom 1. Jänner 1881 an zugewachsenen Beträge zu übernehmen und verpflichtet sich, diesen Fond sammt den demselben durch die Statuten des Gremiums zugewiesenen Einnahmen nur für die Zwecke der Gremialhandelschule in Laibach zu verwenden.

2.) Im Falle einer allfälligen Auflösung des Gremiums haftet dieser Fond im Sinne der §§ 4 und 24 der Statuten des Gremiums der Kaufleute in Laibach für seine Verbindlichkeiten, d. i. für die weitere Erhaltung der Gremialhandelschule in Laibach, und kann daher für keine andern Zwecke verwendet werden.

3.) Der Gremialvorstand wird beauftragt, diese Beschlüsse der Handels- und Gewerbekammer für Krain zu Laibach mitzutheilen und den Gremial-Handelschulfond zu übernehmen.

(Fortsetzung folgt.)

— (Frohnleichnam-Procession.) Vom schönsten Wetter begünstigt hielt gestern die Frohnleichnamprocession der hiesigen Dompfarlkirche ihren Umzug durch die aus diesem Anlasse festlich geschmückten Straßen der Stadt. Die Procession verließ die Domkirche, geführt vom hochwürdigsten Herrn Fürstbischof Dr. Chrysostomus Pogacar unter zahlreicher geistlicher Assistenz, um 9 Uhr. Unmittelbar hinter dem Balдахin schritt der Herr Landespräsident Andreas Winkler mit den Räten der k. k. Landesregierung und den Spitzen der hiesigen Behörden. Militärischerseits wurde der Umzug von einer Compagnie des dritten Bataillons des Infanterieregiments Nr. 26 sowie von 13 Unterofficieren genannten Regiments begleitet, welche erstere die üblichen Salven abgab. Am Congressplatze zwischen der Klosterfrauenkirche und dem Theater nahm gegen 9 Uhr unter dem Commando des Herrn Majors R. v. Gariboldi ein Bataillon vom 17. Reservecommando mit der Fahne, eine Batterie des 12. Artillerieregiments zu Fuß, eine Landwehrabtheilung und der hiesige Militär-Veteranenverein mit Fahne Aufstellung. Am rechten Flügel der ausgerückten Truppe versammelten sich alle dienstfreien Stabs- und Oberofficiere und erwarteten hier den Vorbeigang der Procession und den bischöflichen Segen, worauf die ausgerückte Truppe vor dem Herrn Divisionsrath FML. Stubenrauch defilirte und sodann in ihre Kasernen abrückte. Vom Schloßberge aus wurden die Evangelien durch Abgabe der üblichen Salutsschüsse markirt. — Auch in den Vorstadtparfen Tirmau und St. Peter fanden die üblichen Frohnleichnamsumzüge, in ersterer Pfarre um 5 Uhr morgens, in letzter aber um 6 Uhr statt.

— (Pfarre-Erledigung.) Die dem Patronate des Allerhöchsten Landesfürsten unterstehende Pfarre Zalislog im Decanate Laib ist durch Pensionierung des Pfarrers in Erledigung gekommen. Die Besuche sind an die hohe k. k. Landesregierung in Laibach zu richten.

— (Die Generalversammlung des allgemeinen krainischen Militär-Veteranenvereins.) fand letzten Sonntag im städtischen Magistratsaale in Anwesenheit von 80 Mitgliedern statt. Der Vereinsvorstand G. Mihalic eröffnete dieselbe mit einem Rückblicke auf die Vereinsthätigkeit im abgelaufenen Jahre. In patriotischen Worten gedachte der Vereinsvorstand der freudigen, aus Anlaß der Vermählung Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Kronprinzen veranstalteten Festlichkeiten, welche auch dem Veteranenvereine Gelegenheit boten, sich in loyaler Weise an den-

